

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir wenden uns heute im Vorfeld der Planung, das sog. Projekt Seesener Nord auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses für Stadtentwicklung zu setzen, an Sie.

Es dürfte Ihren Vertretern anlässlich der Einwohnerversammlung am 12. Januar nicht verborgen geblieben sein, daß das Projekt Seesener Nord in der vorgestellten Form in Halensee auf wenig bis keinerlei Gegenliebe stieß.

Von allen Parteien wurden beim Projekt Seesener Süd im letzten Jahr Fehler eingeräumt. Man wolle „aus den Fehlern lernen“, wurde der Öffentlichkeit ein ums andere Mal auch von Vertretern *Ihrer* Partei versichert.

Davon war leider bis jetzt beim Projekt Seesener Nord *nichts* zu spüren.

Unsere Forderung nach einem ordentlichen Bebauungsverfahren wurde abgelehnt; es wird binnen kurzem jedem in Halensee bekannt sein, daß Sie Bürgerbeteiligung hier nicht fördern, sondern bei diesem Planungsprozess heraushalten wollen.

Es mag Ortsteile geben, die weniger politisch sind als Halensee. Die Wahlergebnisse der letzten Jahrzehnte haben immer weder deutlich gezeigt, daß hier politisch sehr interessierte und aufgeklärte Wähler zu Hause sind.

Wir werden bis zum Wahltag im September, und darüber hinaus, den Bürgern in Halensee Monat für Monat genau sagen, wer hier auf welcher Seite steht.

Wir sind uns sicher, daß Sie die Prominenz des Ortes und den erklärten Willen der betroffenen Bevölkerung zum Wohl des Bezirks noch einmal in ihre Entscheidung einfließen lassen werden. Bisher haben wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit sehr bewußt auf Populismus verzichtet und versucht, die für wenig politisch interessierte Menschen schwer durchschaubaren Wege der Bezirkspolitik verständlich zu machen. Dies gelingt uns aber nicht mehr, wenn Sie nicht zu Ihrem Wort stehen, aus Ihren Fehlern lernen zu wollen.

Was am 12. Januar vorgestellt wurde, ist nicht nur vom Volumen her nichts anderes als die Weiterführung des Projektes Seesener Süd unter einem anderem Bauherrn.

Wenn Sie jetzt versuchen wollen, das Projekt Seesener Nord noch vor dem heißen Wahlkampf in trockene Tücher zu bringen, müssen Sie damit rechnen, daß wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen werden, Halensee umfassend davor zu schützen.

Es ist den betroffenen Menschen in Halensee nicht zu vermitteln, warum am Rand des Henriettenplatzes nun gerade einmal 140 - 150 neue Wohnungen zu Mietpreisen ab 12- 13 € kalt den Bau eines großen Geschäftshauses rechtfertigen sollen.

Es ist ebenso nicht nachvollziehbar, warum die für unseren Ortsteil wichtige Westfälische Straße mit ihrer nicht nur den täglichen Bedarf abdeckenden Geschäftswelt durch die Neuansiedlung von Einzelhandel in ihrer Existenz gefährdet werden soll.

Die Bilanzierung und Bewertung der zu erwartenden Eingriffe sind in jeder Hinsicht *angemessen* nur mit einem B-planverfahren möglich. Und der Harmonisierung und Optimierung des Stadtbildes wird langfristig nur eine Chance gegeben, wenn im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbs Chancen genutzt, statt, durch dessen Verweigerung durch Sie, vertan wurden.

Was bei der Ansiedlung des Bauhauses möglich war, ist auch jetzt möglich - wenn SIE es wollen.

Sie wissen wie wir, daß es dem Investor nicht um den Bau von Wohnungen geht, sondern darum, über die geplanten Wohnungen an prominenter Stelle mit der Anschrift Kurfürstendamm 129 c ein Geschäftshaus zu etablieren.

Daß Wohnungen in *dieser* Preisklasse, nach den in den letzten Jahren erteilten Baugenehmigungen in Halensee, *hier nicht* benötigt werden, wird Ihnen bekannt sein. Ebenfalls bekannt ist, daß Berlin, also auch Halensee, keinen Mangel an Büroräumen hat.

Nicht umsonst wird in der Heilbronner Straße, also im wahrsten Wortsinn um die Ecke, ein Bürohochhaus *zu Wohnungen umgebaut*.

Die vorgestellten Pläne, auf einem Grundstück von 7.000 qm 150 Wohnungen zu errichten, werden also Ihrem Anspruch, Wohnungen für Berlin zu bauen, nicht ansatzweise gerecht.

Wenn jetzt als weitere Rechtfertigung von Ihrer Seite der ungepflegte Teil des Henriettenplatzes entlang der S-Bahn angeführt wird, fällt dieser Punkt direkt auf Sie als verantwortliche Bezirkspolitiker zurück. Denn das Ba hat in den letzten zehn Jahren den Spielplatz, und damit die äußere Westseite des Platzes, dem Vandalismus überlassen.

In der Morgenpost lesen wir mit Verwunderung, von Ihrer Seite wären am 12. Januar „kreative Lösungen für den Henriettenplatz“ erwartet worden. Zunächst einmal wissen auch Sie, daß zufriedene Bürger meist nur wenig Wünsche haben.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß mit der Bitte für ein wenig regelmäßige Pflege des Spielplatzes, diesem von Ihnen gesehenen Erfordernis ausreichend Respekt gezollt wird. Ein wenig regelmäßige Pflege des Spielplatzes wäre vollkommen ausreichend um an der gesamten S-Bahnseite durch soziale Kontrolle den Platz wieder ordentlich aussehen zu lassen.

Denn der Kiez am oberen Kurfürstendamm ist ein funktionierender, gesunder Kiez, Ein gesundes Stadtquartier wie das unsere sollte gepflegt, nicht aber durch Politik gegen die Bürger verschlimmbessert werden.

Der Wunsch der hiesigen Bevölkerung, den Sanus Bau auf ein gesundes Maß zu reduzieren, wird Ihr Bedürfnis nach kreativen Vorschlägen zur Verbesserung der Situation wahrscheinlich übersteigen.

Die vor Weihnachten begonnene Zerstörung der Gärten geschah nicht aus einer Not heraus, sondern allein aus Investoreninteresse.

Weil das Volk nur die Parlamentsmitglieder wählen kann, muß jedes staatliche Handeln auf den Grundsatz der demokratischen Legitimität rückführbar sein.

Der hier geplante Eingriff vermittelt keinerlei demokratische Legitimität, er ist willkürlich, ohne jede notwendige Begründung und daher vielleicht mit einer Mehrheit in der BVV versehen, aber noch lange nicht legitim.

Berlin, hier im speziellen Halensee, braucht weder Wohnungen in *dieser* Preisklasse, noch *weitere* Büroräume, und auch *keine* weiteren Ladenflächen.

Mehr Berliner brauchen auch nicht weniger, sondern mehr Grünflächen.

Es ist niemandem damit gedient, mit dem fadenscheinigen Argument des Wohnungsbaus an dieser Stelle zusätzlichen politischen Sprengstoff in den Bezirk zu tragen.

Weder der Henriettenplatz, noch der gesamte Ortsteil, haben eine derartig rückwärts gewandte, daher zukunftsvergessene „Stadtplanung“ verdient.

Wir fragen sie deshalb, ob es wirklich Ihr Wille ist, Halensee mit einem weiteren Betonriegel zu beglücken, der weder bezahlbaren Wohnraum schafft, noch der Infrastruktur in Halensee in irgendeiner Weise dient.

Oder wollen Sie den von Ihnen im Bereich der Seesener Süd verantworteten Schaden für unseren Ortsteil gemeinsam mit den Anwohnern heilen?

Unsere Forderung nach einem ordentlichen B-planverfahren und einem städtebaulichen Wettbewerb für das Tor zur City-West geschieht aus der Sorge heraus, diese prominente Stelle unserer Stadt nicht ausreichend gewürdigt zu sehen.

Im Übrigen erlauben wir uns Sie daran zu erinnern, daß Sie vor der BVV zusagten, entsprechend unserer Unterschriftenaktion, vor Erteilung weiterer Baugenehmigungen ein unabhängiges Umwelt-und Verkehrsgutachten zu berücksichtigen, dieses zunächst abwarten müssen. Bisher wurde uns, wie Sie wissen, nur der Teil zum Lärm vorgestellt, nicht aber der noch ausstehende Teil zur Umwelt.

Es kann also in keiner Weise davon gesprochen werden, die Bürgerinitiative lehne alles ab. Wir fordern von Ihnen nichts unmögliches, wir fordern lediglich einen angemessenen Umgang mit unserem Ortsteil.

Was keine hundert Meter entfernt beim Bauhaus ging, muß auch jetzt in Ihrem Sinn sein.

Es ist möglich, wenn Sie es wollen!

Sehr geehrte Damen und Herren der SPD Fraktion, in der rotgrünen Zählgemeinschaftsvereinbarung haben Sie sehr deutlich die Ausweitung und Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung an prominente Stelle gesetzt.

Genau dies fordern wir nun von Ihnen durch unser Verlangen nach einem B-planverfahren ein.

Sie tragen bereits im Parteinamen den politischen Imperativ, auch an sozial schwächere Kreise der Bevölkerung zu denken.

Nichts von dem, was derzeit in Halensee genehmigt oder schon gebaut wird, bedient dieses Erfordernis.

Im Gegenteil, der Mietspiegel wird durch die bereits genehmigten Projekte weiter nach oben getrieben. Jetzt an dieser Stelle ein weiteres Wohngebäude zu Mietpreisen weit oberhalb einer für ärmere Schichten bezahlbaren Preislage zu genehmigen, fördert die Gentrifizierung nun auch in Halensee immer mehr, statt sie zu bremsen.

Auch dies bitten wir Sie noch einmal zu überdenken.

Mit freundlichen Grüßen, im Namen der Bürgerinitiative Henriettenplatz

Heinz Murken